

politik. offen NEWSLETTER

Ausgabe: 04/April 2015 • Herausgeberin: Hanka Kliese, MdL; Texte: Sabine Sieble, Florian Reichold, Hanka Kliese • Gestaltung: Lysann Németh

Liebe Leserinnen und Leser,

es ist vollbracht, der Haushalt ist verabschiedet. Die Opposition kritisiert; das muss sie tun, und ich hätte es in der letzten Legislaturperiode auch getan. Allerdings: Bei diesem Haushalt wäre es mir schwergefallen. Tatsächlich sind etliche Einzelpläne, etwa der Sozialhaushalt, deutlich sozialdemokratisch geprägt und mit Verbesserungen für viele Menschen – etwa Demenzzranke, Crystal-Abhängige oder Menschen mit Behinderung – versehen. Darauf können wir ruhig mal stolz sein – auch wenn Sozialdemokraten das oft so schwerfällt...

Eine angenehme Lektüre wünscht

Hanka Kliese



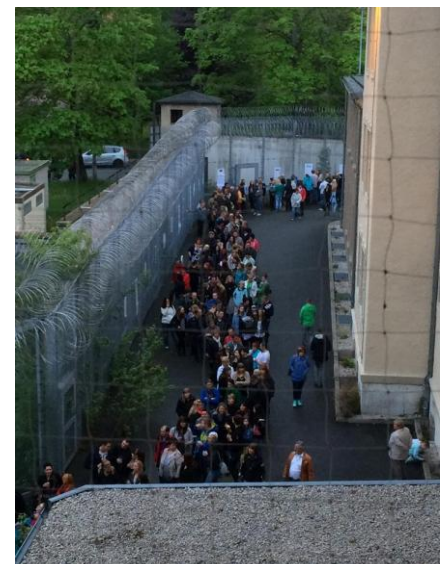
Erneuter Besucheransturm im Kaßberggefängnis bei der Chemnitzer Museumsnacht (von Florian Reichold)

Unterstützt von zahlreichen Freiwilligen und den unermüdlichen Zeitzeugen, welche durch das Gefängnis führten, nahm der Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e.V. bereits zum vierten Mal an der alljährlich stattfindenden Chemnitzer Museumsnacht teil. Mit insgesamt 1.500 Besuchern fanden am 9. Mai zwischen 18 und 1 Uhr nochmals 400 Menschen mehr als im Vorjahr den Weg hinter die Mauern der ehemaligen Haftanstalt des MfS auf dem Chemnitzer Kaßberg.

Neben der Möglichkeit an den Zeitzeugenführungen teilzunehmen konnten sich die Besucher über die heimtückische Praxis der Zwangsadoptionen und die Schicksale von DDR-Heimkindern informieren. Umfangreiche Ausstellungen in Teilen der ehemaligen Zellenblöcke ergänzten visuell die eindrücklichen Schilderungen der Betroffenen.

„Wir sind überwältigt vom nach wie vor riesigen Interesse der Chemnitzerinnen und Chemnitzer an der Geschichte des Ortes und den Schicksalen der Menschen, welche hier inhaftiert waren. Wir sehen dies als Bestätigung unseres Einsatzes und hoffen, dass dieser kräftige Rückenwind für unsere Vorstellung eines lebendigen Lern- und Gedenkortes endlich auch an verantwortlicher Stelle für klare Aussagen sorgt“, so Hanka Kliese, Gründungsmitglied und stellvertretende Vorsitzende des Lern- und Gedenkortes Kaßberggefängnis e.V.

Die Besucher ließen sich auch von einer langen Warteschlange und Regengüssen nicht vertreiben. Verkürzt wurde die Wartezeit von der Band Bandana, die innerhalb der Gefängnismauern Johnny Cash die Ehre erwies. Viele Besucher spendeten für den Verein und erkundigten sich nach der Zukunft des geschichtsträchtigen Ortes. Eine Frage, auf welche auch die Vereinsmitglieder leider – allem Engagement zum Trotz – immer noch keine Antwort haben.



Eine lange Menschenglange bahnte sich ihren Weg durch das Gelände des ehemaligen Kaßberggefängnisses.



8. Mai – ein Tag der Befreiung? (von Hanka Kliese)

Ja, zweifelsfrei. Muss es deshalb ein Gedenktag sein? Nein, nicht zwingend. DIE LINKE fordert den Gedenktag seit mehreren Legislaturen, um ihre antifaschistische Tradition zu beweisen und abzubilden, dass sie auch hier der Tradition ihrer Vorgängerpartei folgen will. Zumindest hat sie sich – trotz vielfachen Bittens in den letzten Jahren – von deren Art, den 8. Mai zu begehen, nie distanziert. Mit Militärparaden und Panzern bewies die SED-Führung ihre sozialistische Friedfertigkeit zum Tag der Befreiung, der ja eigentlich ein Tag im Zeichen des Friedens sein sollte. Verwunderlich war, dass sich die Antragsteller der LINKEN, nachdem sie in der letzten Legislaturperiode bereits einen Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus würdigen wollten, diesmal wieder auf den abgenutzten und in diesem Zusammenhang unpräzisen Faschismus-Begriff zurückfielen. Dass sie dies in einem Spontanmanöver rückgängig machten, wirkte wenig glaubhaft, denn in der Antragsbegründung stand kein Wort der inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem ideologisierten Begriff, vielmehr fanden sich darin taktische Erwägungen. Bereits eine Woche später, in der Pressemitteilung der LINKEN zum Jahrestag, tauchte der Terminus sogleich wieder auf, obwohl man sich doch gern davon verabschieden wollte. Der Faschismus-Begriff diente in der DDR, ebenso wie der 8. Mai, zur Abgrenzung von der Bundesrepublik und zur Brandmarkung derselben als Fortsetzung des Nazi-Regimes unter demokratischen Vorzeichen. Eine Hierarchie der zu würdigenden Antifaschisten sorgte dafür, dass allein die linientreuen wie Ernst Thälmann zu großen Ehren kamen – andere, wie Erich Mühsam oder Dietrich Bonhoeffer – im Erinnerungspolitischen Nirwana verschwanden. Mit dem Gesprächsangebot, das bereits vor der Landtagsdebatte im Ausschuss an die Antragsteller ging, um eine Sinnhaftigkeit des Gedenktages ernsthaft zu diskutieren (hierfür gibt es durchaus Gründe), hat DIE LINKE nun die Gelegenheit zu zeigen, was sie will: Sich beklagen und mit dem Finger auf Andere zeigen oder ernsthaft darüber diskutieren, auch wenn dies die Preisgabe einiger heiliger (ideologiebelasteter) Kühe bedeuten würde.



Den gesamten Redebeitrag von Hanka Kliese zur LINKEN-Forderung nach einem Gedanktag 8. Mai finden Sie [hier](#).

**Chemnitzer Bundesfreiwilligendienstleistende zu Besuch im Sächsischen Landtag** (von Sabine Sieble)

Selten erlebt eine Besuchergruppe eine so lebhaft und zugleich absurde Debatte im Sächsischen Landtag wie die zwölf Bundesfreiwilligendienstleistenden am 30. April. Am vierten Plenartag eines Sitzungsmarathons war die provokante wie heitere Einbringung des Antrags „Streichung der Verpflichtung für Kommunen und Landkreise, Gleichstellungsbeauftragte zu bestellen“ durch den AfD-Abgeordneten Detlev Spangenberg für die anderen Abgeordneten sichtlich eine Abwechslung. Gleichwohl wurde der inhaltlich groteske Antrag mit einer großen Mehrheit abgelehnt. Den Bundesfreiwilligendienstleistenden war trotz der äußerst lebendigen Debattenkultur mit zahlreichen Zwischenrufen und -fragen bewusst, dass sie soeben lediglich einen Ausschnitt aus der Politik erlebt hatten. Wie der Arbeitsalltag eines Abgeordneten über die Plenarsitzungen hinaus aussieht, erläuterte Hanka Kliese zu Beginn des anschließenden Gesprächs. Dass das Interesse groß war, zeigten die vielen Fragen ihrer Gäste. Ausgiebig wurde über die Herausforderungen bei der Unterbringung von Flüchtlingen diskutiert. Aber auch Fragen nach dem Verhältnis von parteipolitischer und fraktionspolitischer Arbeit beantwortete Hanka Kliese.



Bundesfreiwilligendienstleistende aus Chemnitz besuchen den Sächsischen Landtag



Bündnis Bunter Brühl lädt zur Vernissage „Tønsberg und Thor Steinar“ (von Florian Reichold)

„Mit Ihrem Engagement gegen den Laden haben Sie diesen erst bekannt gemacht.“ Diesen Vorwurf hörte Hanka Kliese wenige Tage vor der Eröffnung der Ausstellung „Tønsberg und Thor Steinar – vom nationalsozialistischen Konzentrationslager zum rechten Szeneladen“. Dabei seien jedoch die Aufklärung über den wahren Charakter des vermeintlich unpolitischen Bekleidungsgeschäftes und das Schaffen öffentlicher Aufmerksamkeit dafür die Ziele des Bündnisses Bunter Brühl und der bisher durchgeführten Aktionen. „Mit dieser [Ausstellung](#) bringen wir den Protest nun erstmals weg von der Straße und erweitern ihn um eine wichtige historische Komponente.“

Untermalt von Klezmer-Musik, interpretiert von Schülerinnen der Musikschule Chemnitz, trug Egmont Elschner einen ergreifenden Auszug aus dem Werk „Auschwitz. Ein norwegischer Jude überlebte“ von Herman Sachnowitz vor, in welchem dieser auch seinen eigenen Aufenthalt im Konzentrationslager Tønsberg schildert. Neben der Geschichte der frühen Konzentrationslager in Deutschland und des Lagers in Tønsberg beschäftigt sich die Ausstellung auch mit Einzelschicksalen sächsischer Juden, anhand derer das Grauen der nationalsozialistischen Verbrechen sichtbar wird. So wurde etwa der ehemalige Kantor Jacob Fried aus Leipzig 1942 verhaftet und nach Tønsberg verschleppt. Von dort aus führte ihn seine Odyssee bis nach Auschwitz, wo er im Jahre 1943 umgebracht wurde.

Ca. 40 Personen waren der Einladung des Bündnisses Bunter Brühl zur Vernissage ins Chemnitzer Rathaus gefolgt. Bis Ende April war die 22 Rollups umfassende Ausstellung dort zu sehen; nun geht sie auf Wanderschaft. Zunächst ist geplant, sie an weiteren Orten in Chemnitz zu zeigen. Danach besteht für Interessierte aus anderen Teilen Deutschlands die Möglichkeit, die Schau auszuleihen. Entsprechende Anfragen liegen bereits vor.



Hanka Kliese interviewt das Bündnismitglied Florian Reichold, der gemeinsam mit dem Historiker Dr. Jürgen Nietzsche die Ausstellung erarbeitet hat.

„Fragile Mitte, Feindselige Zustände“: Präsentation und Diskussion der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (von Florian Reichold)

Welche Einstellungen bestehen im Hinblick auf die Demokratie in Deutschland? Wie salonfähig sind rechtsextreme Einstellungen und Äußerungen und wie verbreitet sind sie in der deutschen Gesellschaft? Die neue „Mitte-Studie“ der Friedrich-Ebert-Stiftung beschäftigt sich einmal mehr mit diesen und anderen Fragen. Die [Ergebnisse der neuesten Auflage](#) stellte am 23. April Eva Maria Groß, eine der Autorinnen, im Chemnitzer Weltecho vor. Zwar seien rechtsextreme Einstellungen gegenüber den Vorjahren deutlich zurückgegangen, doch nehmen subtilere Formen menschenfeindlichen Denkens zu. Auffällig sei zudem der deutliche Anstieg antisemitischer Positionen. Auch chauvinistische und ausländerfeindliche Einstellungen seien nach wie vor weit verbreitet.

In der anschließenden Diskussion mit Hanka Kliese und Elly Preussner, Promovendin im Bereich Interkulturelle Pädagogik an der TU Chemnitz, wurden mögliche Rückschlüsse aus der Studie und Ansatzpunkte für Strategien gegen die beschriebenen Entwicklungen erörtert. Preussner plädierte für eine stärkere Politisierung der Wissenschaft, die bereits im Lehrbetrieb auf Negativentwicklungen eingehen müsse.

Befragt zur derzeit weit verbreiteten Demokratiekritik äußerte Hanka Kliese Unverständnis über Form und Inhalt der Debatte: „Es war noch nie so einfach, zu Politikern Kontakt aufzunehmen und sich einzubringen.“ Zahlreiche Beteiligungsmöglichkeiten und Kontakt über die Bürgerbüros, E-Mail, soziale Netzwerke und andere Diskussionsplattformen stünden dafür zur Verfügung. „Dennoch wird die Kluft zwischen Politik und Bürgern von einigen offenbar als besonders groß empfunden.“ Hinsichtlich der Frage, was von politischer Seite konkret gegen die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen im Freistaat getan werde, verwies Kliese u.a. auf die weitere Aufstockung der Mittel für das Programm „Weltoffenes Sachsen“ auf nun mehr als vier Millionen Euro. Aus dem Publikum gab es zahlreiche Wortmeldungen, welche auf die als besorgniserregend empfundenen Entwicklungen, insbesondere auch mit Blick auf die steigende Gewaltbereitschaft der rechtsextremen Szene, eingingen. Einigkeit herrschte darüber, dass Phänomene wie PEGIDA zu einer veränderten Wahrnehmung der Lage beitragen und die Beschäftigung mit ausländerfeindlichen und chauvinistischen Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft an Bedeutung gewinne.



Hanka Kliese (3. v. r.) in der Diskussion zur neuen Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung



Ausflug ins politische Berlin (von Sabine Sieble)

Das Angenehme mit dem Nützlichen verbanden Hanka Kliese und Sabine Sieble auf ihrer Dienstreise ins politische Berlin am 19./20. April. Los ging es mit einem gemeinsamen Besuch im Deutschen Theater am Sonntagabend. Einmal den bekannten Schauspieler Ulrich Matthes live auf der Bühne sehen – „Ödipus Stadt“ ist nicht nur deswegen einen Besuch wert.

Für den Montag schließlich hatten die behindertenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Kerstin Tack, und die Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Gabriele Lösekrug-Möller, alle behinderten- und sozialpolitischen Sprecher der Landtags- und Senatsfraktionen eingeladen. Gemeinsam mit ihren Kolleginnen und Kollegen aus den Bundesländern und Stadtstaaten tauschte sich Hanka Kliese mit Kerstin Tack und der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung, Verena Bentele, über den aktuellen Stand zum geplanten Bundesteilhabegesetz aus. Insbesondere die Eingliederungshilfe soll reformiert werden. „Ziel ist es, diese endlich aus dem ‚Fürsorgesystem‘ herauszunehmen, die Personenzentrierung sowie das Wunsch- und Wahlrecht zu stärken und die Bedarfe zukünftig in einem bundeseinheitlichen Verfahren zu ermitteln“, informierte Kerstin Tack. Menschen mit Behinderung sollen so bessere Bedingungen für die Eingliederung etwa in das Arbeitsleben vorfinden. Das zuständige Arbeits- und Sozialministerium von Andrea Nahles rechnet im kommenden Jahr mit dem Gesetz.



Auch für Kultur muss Zeit sein bei einem Berlinbesuch

**Zu Gast beim Christlichen Körperbehindertenverband e.V.**
(von Sabine Sieble)

„Viel haben wir erreicht.“ – „Gehen wir den Weg weiter.“ – „Bleiben Sie am Ball und gestalten Sie Inklusion weiter mit.“ Mit diesen aufmunternden Worten endete die Gesprächsrunde im Rahmen der Vollversammlung des Christlichen Körperbehindertenverbandes e.V. in der Dietrich-Bonhoeffer-Gemeinde in Chemnitz Markersdorf am 25. April. Als Sprecherin für Inklusion der SPD-Landtagsfraktion informierte Hanka Kliese zuvor die ca. 50 Anwesenden über die anstehenden Neuerungen in der Behindertenpolitik. So wird noch in diesem Jahr ein Aktions- und Maßnahmenplan erarbeitet werden – natürlich unter dem Motto der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) „Nichts über uns ohne uns“. In den Verhandlungen zum sächsischen Doppelhaushalt konnten Hanka Kliese und Dagmar Neukirch, die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, hierfür zehn Millionen Euro für die kommenden beiden Jahre aushandeln. Damit kann sich Sachsen, welches bisher Schlusslicht in Sachen Inklusion war, endlich auf den Weg machen, eine inklusive Gesellschaft mitzugestalten. Sabine Sieble informierte in der Runde über die Aufgaben im Chemnitzer Abgeordnetenbüro. Rege wurde bereits vor Ort die Möglichkeit genutzt, Anliegen an das Büro und damit an Hanka Kliese heranzutragen. Die Behindertenbeauftragte der Stadt Chemnitz, Petra Liebetrau, zeigte den weiteren Weg der Erarbeitung eines kommunalen Aktionsplans für die Umsetzung der UN-BRK auf und verdeutlichte an Beispielen, wie dem Traumkonzert, dem Rollimaskentheater oder aber den Chemnitzer Verkehrsbetrieben mit barrierearmen Haltestellen und Mobilitätstrainings für Menschen mit Behinderung, dass vieles in Chemnitz bereits inklusiv ist. Dennoch stehen wir vor weiteren Aufgaben, die wir alle gemeinsam angehen müssen.



Gesprächsrunde mit Mitgliedern des Christlichen Körperbehindertenverbandes in der Chemnitzer Dietrich-Bonhoeffer-Gemeinde

**Präsentation des Doppelhaushalt im Ortsverein** (von Sabine Sieble)

Ende April präsentierte Hanka Kliese Chemnitzer SPD-Mitgliedern die Verhandlungsergebnisse zum [sächsischen Doppelhaushalt](#). Viel Zuspruch fanden dabei die Resultate im Bereich der Kindertagesstätten. Hier sind für die schrittweise Absenkung des Betreuungsschlüssels bis 2019 insgesamt 576 Millionen Euro eingeplant. Auch die zusätzlichen zehn Millionen für Schulsozialarbeit sowie für die Erarbeitung eines Aktions- und Maßnahmenplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und die vier Millionen für die Elektrifizierung der Eisenbahnstrecke Chemnitz – Leipzig wurden von den Genossen begrüßt. Über diese Themen hinaus hatte die SPD-Basis viele weitere Fragen, die Hanka Kliese bei dem Treffen im Georg-Landgraf-Forum sowie im Nachgang geduldig beantwortete.



Hanka Kliese stellt SPD-Mitglieder die Ergebnisse der Verhandlungen zum sächsischen Doppelhaushalt vor.